

# Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntag.  
Abonnementpreis 1.00 Mark pro  
Quartal erst. Postgeld. Bestell-  
ungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.  
Stellenangebote 40 Pf. Verant-  
wortungsbefreiung 20 Pf. Rück-  
fragen ist der Beitrag beizufügen.

Nr. 40.

Berlin, den 30. September 1917.

33. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Eine Gauleiterkonferenz findet am 7. Oktober in Leipzig statt. Ein darauf bezügliches Rundschreiben vom 22. September ist allen Beteiligten zugefandt. Sollte dasselbe irgendwo nicht angekommen sein, ersuchen wir um entsprechende Nachricht.

2. Für eine Erhebung zur Feststellung der in den einzelnen Orten durchgeführten Lohn- oder Feuerungszulagen haben wir Fragebogen an alle Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten verandt. Diese müssen sofort ausgefüllt und seitens der Zahlstellen an den für ihren Bezirk zuständigen Gaubevollmächtigten bis zum 28. September eingefandt werden. Die Gaubevollmächtigten wollen dafür besorgt sein, von allen Zahlstellen ihres Bezirkes den ausgefüllten Fragebogen rechtzeitig zu erhalten und diesen dann spätestens bis zum 2. Oktober an uns einzuwenden.

3. Dieser Sendung ist ein Bericht über die Geschäftsergebnisse der Volksfürsorge im Kriegsjahr 1916 in zwei Exemplaren beigelegt, den die Bevollmächtigten in geeigneter Weise zur Kenntnis der Mitglieder bringen wollen.

4. Die Berichtsbogen für die Statistik über Arbeitslosigkeit und Unterstützungsbezug im 3. Quartal 1917, die für die Berichterstattung an das Statistische Amt sowie auch für die von der Generalkommission angeordnete alle Gewerkschaften umfassende Kriegstatistik bestimmt sind, haben wir in letzter Woche an die Kassierer der Gauen und Zahlstellen verandt.

Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen (Frage 4 und 5) kommt für diesen Monat der 29. September in Betracht; außerdem ist in Frage 6 anzugeben, wie viele Mitglieder in der Woche vom 24. bis 29. September verkürzt arbeiten. Die Gau- und Ortsverwaltungen wollen dafür besorgt sein, daß auch diese Frage ordnungsgemäß beantwortet wird. Wochenweise abwechselnd aussehende Mitglieder sind dabei als verkürzt arbeitende zu zählen, auch wenn sie in der Woche vom 24. bis 29. September zufällig voll arbeiten. Die anderen Fragen (Nr. 1, 3 und 7 bis 9) beziehen sich auf das ganze abgelaufene Quartal, die Ausfüllung des Fragebogens kann daher erst nach dem 1. Oktober, wenn für das ganze dritte Quartal die Zahl der Arbeitslosenfälle sowie die Summen der im ganzen Quartal verausgabten Unterstützungen festgestellt sind, erfolgen, und ist derselbe dann sofort, spätestens aber bis zum 10. Oktober, an uns einzusenden.

Sollten diese Sendungen irgendwo noch nicht eingetroffen sein, so bitten wir um entsprechende Nachricht, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Der Verbandsvorstand.

## Ein Gedenktag.

### Zehn Jahre Invalidenunterstützung im Verband.

Am 1. Oktober 1917 jährt es sich zum zehnten Male, daß erstmals Beiträge für die Invalidenunterstützung von den männlichen Mitgliedern geleistet wurden. Sind zehn Jahre auch keine so große Spanne Zeit, daß sie als absolut feste Unterlage für die Beurteilung der damals geschaffenen Einrichtung dienen könnten, zumal sie von so furchtbar schweren weltpolitischen Ereignissen unterbrochen sind, so dürfte es aber doch immerhin angezeigt erscheinen, einen Rückblick zu werfen auf die damals geschaffene Neueinrichtung im Verbande und die innerhalb des ersten Jahrzehntes erzielten Resultate.

Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft unseres Gewerbes, den invalide gewordenen Berufsangehörigen eine dauernde Unterstützung zuteil werden zu lassen, gehen sehr weit zurück. Bereits im Statut des „Internationalen Vereins der Buchbinder und verwandten Gewerbe“ vom Jahre 1869 finden sich diesbezügliche Bestimmungen. Auch die Verbandstage zu Frankfurt a. M. 1874, zu Hannover 1875 und zu Leipzig 1877 haben sich mit der Frage eingehend beschäftigt. Mit der behördlicherseits erfolgten Auflösung des Verbandes 1878 sanken auch diese Bestrebungen unserer alten Vorkämpfer in sich zusammen. Bei den später wieder auflebenden Organisationsbestrebungen und der Neugründung des Verbandes hatten naturgemäß unsere Kollegen erst wichtigere Sorgen. Es galt der Organisation erst neue Gestalt und neue Formen zu geben, ehe an deren inneren Ausbau gegangen werden konnte. Sehr bald aber, nachdem sich die Organisationsverhältnisse etwas befestigt hatten, tauchte auch wieder der Plan der Einführung der Invalidenunterstützung auf. Dem Verbandstag zu Berlin (1900) lag bereits ein Antrag aus Hamburg vor, der bei 15 Pf. Wochenbeitrag die Invalidenunterstützung eingeführt wissen wollte. Obwohl der Antrag eine Ablehnung erfuhr, hatte es sich doch auf dem Verbandstage gezeigt, daß der Gedanke der Einführung der Invalidenunterstützung bereits erhebliche Teile der Mitglieder in seinen Bann geschlagen hatte. Der Hamburger Zahlstelle und insbesondere ihrem damaligen Bevollmächtigten, unserem alten verehrten Kollegen Karl Grimm, gebührt somit das Verdienst, bahnbrechend für die Verwirklichung der Idee gewirkt zu haben.

Dem 1904 in Dresden tagenden Verbandstag lag ein Antrag der Zahlstelle Hannover vor, der die Einführung der Invalidenunterstützung verwirklicht sehen wollte. Auch diesmal gelang es nicht, das von vielen alten Kollegen ersehnte Ziel zu erreichen. Aber man kam ihm doch einen recht merkwürdigen Schritt näher. Die für die Durcharbeitung der Beitrags- und Unterstützungsfragen eingesetzte Kommission empfahl nämlich eine vom Verbandstag angenommene Resolution, durch die zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Verbandsvorstand auf Grund der von ihm zu sammelnden und zu bearbeitenden Unterlagen dem nächsten Verbandstag einen Entwurf für die Invalidenunterstützung vorlegen sollte, und vor Stattdessen des Verbandstages sollten die Mitglieder durch Abstimmung darüber entscheiden, ob die Invalidenunterstützung eingeführt werde und ob sie gewillt sind, gegebenenfalls eine entsprechende Beitragserhöhung auf sich zu nehmen.

Im Frühjahr 1907 ordnete der Verbands- vorstand die vom Dresdener Verbandstag gewollte

Abstimmung an. Zugleich wurde ein „Entwurf für eine Invalidenunterstützung“ den Mitgliedern mit der notwendigen Begründung unterbreitet und zur Aussprache gestellt, die von Freunden und Gegnern der Invalidenunterstützung sehr ausgiebig gepflegt wurde; sie hielten sich gegenseitig die Waage. Das Ergebnis der Abstimmung war so, daß man von einer bestimmten mit Mehrheit zum Ausdruck gebrachten Willensmeinung der sich an der Abstimmung beteiligenden Mitglieder nicht sprechen konnte. Auf die Frage: „Sind Sie für Einführung der Invalidenunterstützung?“ antworteten 3764 männliche Mitglieder mit ja und 3671 mit nein. Auf die weitere Frage: „Sind Sie bereit, einen erhöhten Beitrag bei Einführung der Invalidenunterstützung zu zahlen?“ antworteten 3660 männliche Mitglieder mit ja und 3663 mit nein. Damit war zu erwarten, daß der im Juni 1907 zu Nürnberg stattfindende Verbandstag ein ganz der Abstimmung ähnliches Resultat zeitigen werde. Obwohl nun der Verbandstag sich dafür entschied, daß von der direkten Einführung der Invalidenunterstützung Abstand genommen werde, konnte er doch nicht umhin, zu erklären, daß die Einführung der Invalidenunterstützung nur noch eine Frage der Zeit sein könne und es die vornehmste Aufgabe des folgenden Verbandstages sei, eine endgültige Beschlussfassung darüber herbeizuführen. Um denjenigen Kollegen, die ein besonderes Interesse an der sogleichen Einführung dieses Unterstützungsweiges hatten, entgegenzukommen, wurde weiter beschlossen, die fakultative Beitragsleistung von 15 Pf. je Woche, mit der Maßgabe späterer Aufrechnung bei der obligatorischen Einführung, zuzulassen. Diese Bestimmung trat gleichzeitig mit dem neuen Verbandsstatut am 1. Oktober 1907 in Kraft und war damit der Grundstein für die heute bestehende Einrichtung gelegt.

Für die Entrichtung der Beiträge wurden besondere Beitragskarten und -marken ausgegeben. Am Ende des Jahres 1907 waren es 2017 männliche Mitglieder, die von der neuen Einrichtung Gebrauch machten und die zusammen im ersten Vierteljahr 3279,60 Mk. an Beiträgen aufbrachten. Im Jahre 1908 waren es durchschnittlich 1974 Mitglieder, die 12 531,15 Mk. an Beiträgen leisteten, 1909 durchschnittlich 1816, die 12 239,25 Mk. aufbrachten, 1910 waren es bis 1. Oktober 1900 Mitglieder, die 9762 Mk. an Beiträgen entrichteten. Obwohl im Laufe der drei Jahre mehrfach darauf hingewiesen worden war, daß es insbesondere für die älteren Mitglieder ein Akt der Klugheit wäre, sich an der fakultativen Beitragsleistung zu beteiligen, daß weiter keinerlei Risiko damit verbunden wäre, weil die geleisteten Beiträge im Falle des Todes juridischermaßen würden, gelang es nicht, selbst alle die für die fakultative Beitragsleistung zu bewegen, die grundsätzlich für Einführung der Invalidenunterstützung sich erklärt hatten. Der Grund dafür dürfte in der Hauptsache wohl der gewesen sein, daß man in den Kreisen der Mitglieder noch nicht recht fest an die baldige Einführung der neuen Unterstützungsart glaubte. Andererseits war aber auch eine gewisse Gleichgültigkeit und Laune selbst bei älteren Mitgliedern der Sache gegenüber nicht zu verkennen, die sich allerdings später in mehreren Fällen bitter rächte.

Dem Verbandstag in Erfurt 1910 lag nun die Verpflichtung ob, das Projekt endgültig zu verwirklichen. Doch so leichtes Kaufes wollten das die Gegner der Invalidenunterstützung nicht zulassen. Der Kampf entbrannte aufs neue. In den Spalten

der „Buchbinder-Zeltung“ wurde heiß um Sein oder Nichtsein der Invalidenunterstützung gerungen. Der Verbandstag enttäuschte denn auch nicht sonderlich, als er mit 37 gegen 37 Stimmen, also mit Stimmengleichheit, in momentlicher Abstimmung den Antrag ablehnte. Der bereits vorgesehene Antrag, die männlichen Mitglieder nochmals durch Abstimmung um ihre Meinung zu befragen, fand mit großer Mehrheit Annahme. Von den 10 633 abstimmberechtigten männlichen Mitgliedern nahmen 6715 an der Abstimmung teil; davon stimmten 5319 mit Ja und nur 1666 mit Nein, während 30 Stimmen unglücklich waren. Das Resultat wurde freudig begrüßt, kam doch mit ihm ein jahrelang geführter Kampf zum Abschluß. Die obligatorische Einführung der Invalidenunterstützung war nunmehr für die Mitglieder der damaligen IV. Beiragsklasse vollzogen. Den Mitgliedern der seitherigen III. Beiragsklasse war es freigestellt, durch Zahlung von 15 Pf. extra sich an der Invalidenunterstützung zu beteiligen. Die Bestimmungen traten mit dem 1. Oktober, zugleich mit dem abgeänderten Verbandsstatut in Kraft. Da nach den getroffenen Bestimmungen in jedem Falle erst mindestens 200 Beiträge geleistet sein mußten, ehe eine Unterstützung gewährt werden konnte, so waren für die ersten Jahre erhebliche finanzielle Leberhöfische zu erwarten. Die Bestimmungen über die zu leistenden Beiträge und die Voraussetzungen für die Unterstützung wurden vom Verbandsvorstand im Sinne der vom Verbandstag im Prinzip aufgestellten Vorlage festgelegt und dem Statut angefügt. Durch den Verbandstag zu Stuttgart 1913 wurden daran einige geringfügige Abänderungen herbeigeführt, im übrigen aber den „Bestimmungen“ die erforderliche Genehmigung erteilt.

Welches sind nun die Ergebnisse seit der Einführung der ersten Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung?

Die Zahl der männlichen Mitglieder, die der Beitragspflicht für die Invalidenunterstützung unterlagen war je Ende 1913: 11 810, 1914: 7973, 1915: 4863 und 1916: 4396. Bis zum 1. Oktober 1910, also in den ersten 3 Jahren, brachte die Beitragsleistung, abzüglich der zurückerstatteten Beiträge und der entstandenen Verwaltungskosten und zuzüglich der Zinsen, 30 308,95 Mk. Vom 1. Oktober 1910 bis 31. Dezember 1916 wurden 387 001,40 Mk. an Beiträgen eingenommen und die ersten 3 Quartale des Jahres 1917 dürften uns rund 23 000 Mk. an Beiträgen bringen, so daß die Einnahmen sich auf rund 449 300 Mk. belaufen, dazu kommen noch die Zinsen seit 1. Januar 1911 in Höhe von rund 79 000 Mk., so daß die Einnahmen zusammen insgesamt etwa 528 300 Mk. betragen. Den Einnahmen stehen rund 10 400 Mk. für Unterstützungen und 5000 Mk. Verwaltungsausgaben, zusammen mithin 15 400 Mk. gegenüber. Es ist somit am 1. Oktober mit einem Vermögensstand für die Zwecke der Invalidenunterstützung von rund 513 000 Mk. zu rechnen. Wir haben damit einen Grundstock geschaffen, der uns die Gewähr bietet, daß wir den übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden vermögen. Da mindestens 200 Beiträge geleistet sein mußten, konnte frühestens am 30. September 1912 Unterstützung gewährt werden. In den ersten Wochen des Jahres 1913 lag der erste Fall der Invalidität bei einem Kollegen aus Hannover vor, dem ab 1. März die Unterstützung in Höhe von 240 Mk. jährlich bewilligt wurde. Im Jahre 1914 wurde weiteren 6 Kollegen die Unterstützung zuerkannt, 1915 9, 1916 9 und 1917 bis zum 1. Oktober ebenfalls 9 Kollegen. Von den insgesamt 30 Mitgliedern, die Unterstützung bezogen, wurde 1 Mitglied wieder arbeitsfähig und 9 starben, so daß zurzeit 20 Kollegen in den Genuss der Unterstützung stehen, und zwar erhalten alle den Satz von 240 Mk. jährlich. Der erhöhte Satz von 300 Mk. kam nur einmal in Betracht, und zwar nur für einen halben Monat, weil der betreffende Kollege starb.

Heberblicken wir vorurteilslos den gegebenen Ausschnitt aus der Geschichte unserer Organisation, so können wir mit Genugtuung feststellen, daß der Deutsche Buchbinderverband mit der Einführung der Invalidenunterstützung ein Werk von großer Bedeutung für den Kreis der männlichen Mitglieder geschaffen hat, das ihm innere Kraft verleiht und dabei in erhöhtem Maße die Möglichkeit gibt, seine ureigenen Aufgaben nach jeder Seite hin zu erfüllen und ihre Durchführung zu gewährleisten.

Die günstige Entwicklung der Invalidenunterstützung darf uns aber nicht etwa zu unrichtigen Schlusfolgerungen verleiten, die die Weiterentwicklung schädigen könnten. Denn es sind der Organisation bis jetzt, infolge der vorgesehenen Strenge, viele Beiträge zugeflossen, wofür die Verpflichtungen erst später in Erscheinung treten werden. Ein weiteres Jahrzehnt der Entwicklung wird uns einen besseren Überblick über das Verhältnis zwischen Pflichten und Rechten gewähren, als es heute der Fall sein kann.

Infolge des uns umtobenden Krieges sind viele Hunderte unserer Kollegen gezwungen, ihre Gesundheit fürchten Gefahren auszusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, vorübergehendem oder dauerndem Siedtum zu verfallen, ist für manchen von ihnen gegeben. Sollte für diese Braven auf Grund der von der Organisation geschaffenen Einrichtung sich nicht etwas tun lassen, daß auch ihnen die Wohltaten derselben zuteil werden? Diese Frage beschäftigt schon seit Monaten die Kreise der verantwortlichen Funktionäre. Wollen wir wünschen und hoffen, daß auch sie so erledigt wird, daß wir späterhin mit Befriedigung auf das Ergebnis zurückschauen können.

E. Hauelsen.

### Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage.

Die in Nr. 38 unserer Verbandszeitung aufgeworfene Frage, ob eine Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen notwendig und möglich sei, veranlaßt mich als altes Verbandsmitglied, mit einigen Zeilen zu der überaus wichtigen Angelegenheit aufzuwarten.

Ich gebe davon aus: Wie kann ich mit meinem Einkommen am besten haushalten und das selbe vor teilschaft anwenden? Meine Ausgabemöglichkeiten sind infolge des niedrigen Verdienstes sehr eng begrenzt und reichen, unter Einschränkungen aller Art, nur zur Beschaffung der nötigsten Lebensbedürfnisse hin. Trete ich nun einem Verein bei, so stelle ich mir die Frage, was bietet mir dieser und werden meine Beiträge zu diesem Verein in der von mir gewöhnlichen Weise verwandt? Hier ist es ein gesunder Egoismus, der mich treibt. Nun bin ich seit 22 Jahren beruflich organisiert und habe in dieser Zeit noch Kräfte an dem Aufbau des Verbandes geschaffen. Ich sah in all den Jahren, daß ich in der beruflichen Organisation meine Groschen zinsbringend angelegt habe, ja, daß ich damit gewuchert habe.

Welche traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen in unserem Gewerbe und zugleich auf welcher niedriger Bildungshöhe im Vergleich zu heute stand früher die Arbeitererschaft? Und nun müht sie sich über drei Jahren der alles zerschellenden Krieg, hervorgerufen durch den internationalen Kapitalismus. Die Köpfe — ohnmächtig, einen Damm entgegenzusetzen — wurden durch rohe Macht zur Verteidigung gezwungen.

Für die organisierte Arbeitererschaft galt es jetzt, die unter jahrelangem schweren Opfern und Mühen geschaffenen Erwerbsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten und die Organisationen einer Festung gleich zu verteidigen. Mehr denn je gab es die Zeit, sich seit um die Organisation zu sichern und fernstehende heranzuholen, um ein festes, unüberwindliches Bollwerk zu schaffen und gleich denen im bunten Nord das äußerste zu opfern.

Jeden Fernstehenden hätte man überzeugen müssen, daß er von unseren Erwerbsmöglichkeiten zehrt und uns täglich bestiehlt.

Der Verband hat bisher allen Stärkten zu trohen gewußt, doch wird es auch immer so sein?

Wenn das erlösende Wort „Friede“ durch die Lande schallt und unsere Krieger heimkehren, schmilzt wieder das Arbeiterheer an; die Folge wird sein, daß einerseits ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften den Markt überflutet, während andererseits infolge Fehlens von Rohmaterialien die Arbeitsmöglichkeit nur sehr eng begrenzt sein wird.

Da heißt es rechtzeitig das Rüstzeug besetzen und schärfen. Sehen wir dann unseren Geldbestand an, so können wir bei tüchtler Berechnung nicht umhin kommen, ihn aufzufüllen, damit wir hereinbrechender Not und Unerbarmlichkeit gewachsen sind.

Darum auf, Kollegen und Kolleginnen, zeigt Euren Opfermut! Jeder Groschen wird reiche Zinsen tragen. Denken wir an unsere Brüder draußen, die für wenige Pfennige in ständiger Lebensgefahr und bei Enttugung alles Menschseins leben. Kommen höhere Unterstützungsätze in Frage, so mache ich den Vorschlag, die Beiträge, je nach Klasse um 20 bis 50 Pf. zu erhöhen. Die außergewöhnliche Zeit erfordert außerordentliche Maßnahmen. Sollte der Verbandsvorstand eine Abstimmung herbeiführen, so prüfe jeder: Kann ich

von meinem Einkommen für meine Organisation so und so viel absetzen? Eine Abstimmung hört es auf zu sein, wenn man Rückst auf andere nimmt. Jeder soll mit sich und seinem Geldbeutel selbst zu Rate gehen.

Gaben wir uns daran gewöhnt, in der Gewerkschaft das revolutionärste Kampfmittel zu sehen, so können wir uns hier praktisch betätigen. Von hier gehen die Aern zu Volkswohlfahrt und Kraft.

Raffler Sieber.

### Sollen wir uns ein Beispiel dran nehmen?

Von einem Kollegen, der wiederholt schweizerische Verbandstage mitgemacht hat, wird uns geschrieben:

„Erlaubt mir, daß ich (im Kazarett der Front) die „N. Z.“ vom 1. Juli mit dem Bericht über den Schweizerischen Verbandstag, worin folgender Satz enthalten ist:

„Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes wurde ohne Debatte erledigt, woran sich unsere Verbandstage ein ungefähres Beispiel nehmen könnten.“

Ich glaube, daß die deutschen Kollegen diesen Ratsschlag nicht zustimmen werden. Mag sein, daß auf unserem Verbandstage einige „Eatsreden“ weniger gehalten werden könnten — allein wenn die Delegierten die Berichte des Verbandsvorstandes stumm wie ein Fißch anhören und kritisch hinnehmen würden, dann würden die Zahlstellen doch wohl fragen: Senden wir auch Delegierte deshalb zum Verbandstag, um Vagadenrollen zu mimen?

Wer einmal Gelegenheit hatte, den peinlichen Eindruck zu erleben, den es auf deutsche Kollegen macht, wenn der schweizerische Verbandsvorstand seine Berichte vorträgt und die Delegierten stumm und stumm und sanktionieren alles, der wird sagen: Nein, dreimal nein, lieber will ich dann auf deutschen Verbandstagen drei volle Tage lang gute und schlechte Eatsreden über mich ergehen lassen. Denn diese Reden, Klagen, Wünsche, Beschwerden, Anerkennungen, Ermunterungen sind ein Spiegel des Interesses der Delegierten, sind ein Beweis, daß die Delegierten sich mit Wünschen und Wollen der Gesamtmitglieder vertraut gemacht haben.

Der Verbandsvorstand ist ausführendes Organ der Mitglieder, er wünscht ja gerade, den Willen der Mitglieder fernem zu lernen, er will ja durch Lob und Tadel vorwärts geschoben oder von Bahnen, die ihm nicht die richtigen zu sein scheinen, zurückgehalten werden, er will ja in gutem Konnakt mit den Mitgliedern sein. Da er aber nicht die Möglichkeit hat, mit allen Mitgliedern in Verkehr zu treten, so muß er die Gelegenheit, durch den Mund der Delegierten die Mitglieder sprechen zu hören, geradezu begrüßen.

Nein, wir wollen uns an dieser Einrichtung der Verbandstage unserer schweizerischen Kollegen kein Beispiel nehmen! Dazu sind wir zu regiam, zu lebendig, zu stark interessiert an den Dingen, die uns bewegen. Die so viel besprochene Ruhe und Rückertlichkeit der Schweizer paßt in ihr Land hinein, nicht aber in das unsere, das vom Faßten und Jagen der Zeit ganz anders erfüllt ist als das ehemalige „Volk der Hirten“. „Die Aube tötet, nur wer handelt, lebt!“ jagt Körner.

### Aus unserem Kreis.

Der Jakob-Krause-Bund, die Vereinigung deutscher Kunstbinder, hielt am 23. d. M. unter dem Vorsitz Paul Kerstens in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende. Der Bund zählt gegenwärtig 61 Mitglieder (Meister und Gehilfen), von denen 35 im Heeresdienst stehen. Auf der gegenwärtig in Zürich stattfindenden „Internationalen Buchgewerbe-Ausstellung“ ist der Bund durch die Arbeiten von neun seiner Mitglieder vertreten. Leider sind bei diesen Arbeiten die Namen der Aussteller nicht verzeichnet, während man sie bei denen von Professoren und Leipziger Großbuchbindereien findet. Die Schuld hierfür trifft den Deutschen Buchgewerbeverein, in dessen Händen die Leitung der deutschen Abteilung der Ausstellung lag. Auf Antrag eines Mitgliedes, schon jetzt bei den maßgebenden Stellen vorstellig zu werden, um zu verhindern, daß die den Mitgliedern gebührende Vergoldenwerkzeuge von der Beschlagnahme bzw. Ent-

\*) Der Einleger bricht unsere Ausführungen vom 1. Juli in der Mitte ab, wodurch der richtige Sinn nicht zu erkennen ist; die Vorlesung lautete: „denn auf ihnen nimmt die Ausprache darüber manchmal 2-3 Tage in Anspruch, wodurch viel Zeit für die Zukunftsaufgaben des Verbandes verloren geht.“ Zu berücksichtigen ist allerdings, daß wir nicht alljährliche Verbandstage haben, sondern daß sie in der Regel drei Jahre auseinanderliegen, somit auch mehr Stoff vorhanden ist.“

Die Redaktion.



cignung betroffen werden, beschloß der Vorstand, sich mit der Metallvermittlungsstelle für das graphische Gewerbe in Verbindung zu setzen. Ein Antrag desselben Mitgliedes, ein Schreiben an die Lieferanten von Buchbindereimaterial zu richten, des Inhalts, daß die Mitglieder des Bundes nur existenzfähige Arbeit liefern und wünschen, von ihren Lieferanten in diesem Sinne bedient zu werden, wurde angenommen. Eine längere Aussprache knüpfte sich an eine jüngst in der Fachpresse gegebene Anregung, der Jakob Krause-Bund möge seine Mitglieder mit einschlägigen Arbeiten, die auf der Messe veräußlicht sind, auf den Leipziger Messen vertreten. Es wurde beschlossen, sich vorerst einmal mit dem Reichamt für die Musterwesen in Leipzig in Verbindung zu setzen zur Erlangung näherer Auskunft. — Ferner beschloß die Versammlung, einen Ausschlag auf die Preise für Bucheinbände von 80 bis 100 Proz. vorzunehmen, da die vom Bund deutscher Buchbinderrinnungen kürzlich beschlossene Preisverhöhung bis zu 60 Proz. für nicht ausreichend erachtet wurde. Es wurde ferner im Anschluß an den Bund deutscher Buchbinderinnungen ein beschloffen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Paul Kersten-Berlin, Vorsitzender, R. Waechle (zurzeit in Kriegsgefangenschaft), Kassierer, P. Baum-Berlin, Schriftführer. Zum Schluß der Tagung legte der Vorsitzende den Versammelten eine Reihe von Bucheinbänden aus dem Besitze eines der bedeutendsten deutschen Buchverlage vor. Die kostbaren und durchweg sehr geschmackvollen Einbände stammen von französischen Buchbindermeistern aus den Jahren vor dem Kriege.

**Regelung des Verkehrs mit Papier, Karton und Pappe.** Der Verkehr mit Papier, Karton und Pappe wird jetzt nach einem Beschluß des Bundesrats ebenfalls geregelt. Der Reichszentralrat ist ermächtigt, Erhebungen über die Vorräte, die Lieferung, den Bezug und den Verbrauch von diesen Dingen jeder Art anzuordnen. Er kann ferner vorschreiben, daß über Lieferung, Bezug und Verbrauch Buch zu führen und Anzeige an eine von ihm zu bestimmende Stelle zu erstatten ist. Er ist ermächtigt, Anordnungen über Bereitstellung, Lieferung, Bezug und Verbrauch zu treffen. Zur Deckung der entstehenden Verwaltungskosten können den Beteiligten Beiträge auferlegt werden. Der Reichszentralrat kann anordnen, daß Zwangsmaßnahmen gegen die zu erlassenden Bestimmungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden sowie daß daneben auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

**Korrespondenzen.**

**Hamburg-Altona.** In einer stark besuchten Mitgliederversammlung sprach am 22. September Kollege Klotz über das Thema: „Was wird uns die Zukunft bringen?“ Medner führte in seinem Vortrage aus, daß es unter den obwaltenden Umständen sehr schwierig sei, einen Ausblick in die Zukunft zu tun. Daß wir nach Beendigung des Krieges dieselben Verhältnisse bekommen wie vor dem Kriege, sei vollständig ausgeschlossen. Die Lebensmittelfrage und die in enger Verbindung damit stehende Frage der Beschaffung von Rohstoffen wird auch nach Kriegsende für uns von größter Bedeutung sein. Ferner sei auch sehr schwer zu sagen, wie sich die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse beim Zurückströmen der Arbeitermassen aus dem Heere gestalten werden. Nebenfalls werden sehr große Anforderungen an die Gewerkschaften, selbstverständlich auch an unseren Verband gestellt werden und da werden wir vorzusehen müssen, daß wir den Kollegen eintretendenfalls eine den heutigen Teuerungsverhältnissen einigermaßen entsprechende Arbeitslosenunterstützung bieten können, um zu verhindern, daß diese Kollegen aus den Verhältnissen heraus zu Lohnbrüchern werden und uns den Kampf für Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erschweren. Auch mit einer größeren Krankenziffer dürfen wir unter den zurückkehrenden Mitgliedern rechnen müssen. Daher sei es notwendig, auch die Organisation in finanzieller Hinsicht zu stärken; eventuell werde ein noch während des Krieges abzuhaltender Verbandstag sich mit diesen Fragen befassen müssen. Medner begl. die Hoffnung, daß sich der Verband bald nach Beendigung des Krieges zu der früheren Größe entwickeln werde, und daß es uns möglich sein wird, in friedlich-siedlicher Weise mit dem Untereinkommen unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Am dies ermöglichen zu können, ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß wir stark und gerüstet dastehen, um unsere notwendigen Forderungen auch mit dem nötigen Nachdruck vertreten zu können. Die Ausführungen des Medners wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. — Kollege Grimm weist in der Diskussion auf die

Notwendigkeit und Vorteile der durchgehenden Arbeitszeit für die Arbeiterschaft hin.

Ueber: „Unsere Lohnverhältnisse und die Erreichung höherer Löhne“ führt Kollege Klotz aus, daß wohl im Frühjahr unsere Teuerungszulagen erhöht seien, die gesamte Lebenshaltung und vor allen Dingen die Preise für Pflanzungsstoffe und Bedarfsartikel jedoch in einem solchen Maße gestiegen sind, daß es heute eine reine Unmöglichkeit ist, mit den gebotenen Löhnen überhaupt existieren zu können. Die Löhne unserer Kolleginnen mit 21 Mk. die Woche sind bei den erhöhten Anforderungen, welche heute an die weibliche Arbeitskraft gestellt werden, so niedrige wie in kaum einem anderen Berufe. Daher sei es auch verständlich, wenn eine große Anzahl unserer Kolleginnen, und zwar nicht die schlechtesten Arbeiterinnen, Hamburg verlassen und sich nach anderen Städten begeben haben, wo ihnen, bei gleicher Arbeitsleistung, um 10—15 Mk. höhere Löhne geboten werden. Wir werden alles daran setzen, und der gute Beisitz der Versammlung beweise es, daß auch unsere Kollegenschaft dazu bereit ist, um uns einen Verdienst zu erkämpfen, der es möglich macht, uns arbeits- und lebensfähig zu erhalten. Medner kritisiert das Verhalten der Hamburger Buchbinderinnung, welche uns durch ihren Obermeister erklärte, daß sie mit unseren Forderungen wohl einverstanden sei, die logische Folgerung aber, mit uns ein Tarif- und Arbeitsgemeinschaftsverhältnis einzugehen, wegen der geringen Anzahl der bei den Innungsmeistern beschäftigten Arbeitskräfte ablehnen will.

Lebhafter Beifall und einstimmige Annahme nachstehender Resolution beachten zum Ausdruck, daß es der Hamburger Kollegenschaft ernst ist, für eine zeitgemäße Regelung unserer Löhne mit allen Kräften einzutreten.

**Entscheidung:** Die am 22. September 1917 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung des Deutschen Buchbinderverbandes, Zahlstelle Hamburg-Altona, beauftragt die Ortsverwaltung, erneut an die Prinzipale wegen Gewährung höherer Löhne heranzutreten.

Die außerordentlich hohen Preise der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel sind von den bisher gewährten Löhnen nicht zu bestreiten. Die Teuerung, namentlich auch für Kleidung, Wäsche, Schuhwerk usw., ist aber noch ständig im Steigen begriffen, so daß der Arbeiterschaft zur Bestreitung dieser erhöhten Kosten eine höhere Entlohnung zuteil werden muß. Unsere Arbeitgeber sollten sich daher im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft ihres Personals die bisher abgelehnte Gewährung höherer Löhne zur Pflicht machen.

Weiter wird die Verwaltung beauftragt, für die so notwendig zu bildende Arbeitsgemeinschaft, die bisher vom Prinzipalverein der Buchdrucker und von der Buchbinderinnung unverständlicherweise abgelehnt wurde, bei den Arbeitgebern auch für Hamburg deren Durchführung erneut zu beantragen.

Sodann ist für die in unserem Beruf vorhandenen Schwerstarbeiter die Erreichung der Zusatzbrötkrate beim Kriegsantrag zu beantragen.

Für die Durchführung obestehender Beschlüsse erhält die Ortsverwaltung weitgehende Vollmacht und zugleich den Auftrag, sich an den Verbandsvorstand zu wenden, um ein entsprechendes Vorgehen in ganz Deutschland zu veranlassen.

**Internationales.**

**Schweden.** Der Schwedische Buchbinderverband hat nach einer Veröffentlichung in seinem Verbandsorgan nun eine Mitgliederzahl von beinahe 2000 und damit wieder nahezu den Bestand vom Jahre 1909, vor den damaligen großen Lohnkämpfen, erreicht, während nach diesen Lohnkämpfen der Jahre 1909 und 1910 der Mitgliederbestand auf 496 zurückgegangen und auch bei Beginn des Weltkrieges erst wieder auf 767 gestiegen war. Damit soll der größte Teil aller Buchbinderarbeiter des Landes organisiert sein, und will der Verband nun auch die Organisation der Nebenbranchen, besonders der Karton- und der Tütenbranche, ins Auge fassen. Der im Jahre 1916 durchgeführte Reichstarif würde auch für diese Nebenbranchen gelten; für diese müßte aber ein Akkordtarif eingeführt werden, da jetzt überall ganz willkürlich gemachte Akkordpreise vorherrschen.

Durch die enorme Steigerung der Kosten für den Lebensunterhalt, die in keinem Verhältnis zum Steigen der Löhne stehen, haben sich die verschiedenen Abteilungen des Verbandes veranlaßt gesehen, an den Vorstand mit der Bitte heranzutreten, bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden, um eine allgemeine Lohnzulage zu erwirken. Daraufhin wurde ein Schreiben an die Arbeitgeber abgesandt, worin 25 Proz. Lohnerhöhung gefordert wurde. Die Arbeitgeber luden dann die Arbeitnehmervertreter zum 3. September zu einer gemeinsamen Sitzung ein, die jedoch vorderhand ergebnislos verlief. Aber die Arbeitgebervertreter versprochen,

ihren Mitgliedern in einer Versammlung diese Frage vorzulegen und vor Ende des Monats dem Buchbinderverband eine endgültige Antwort zukommen zu lassen.

**Schweiz.** Teuerungszulagenbewegungen unserer schweizerischen Kollegen meldet „Der Buchbinder“. Teilweise Erfolge sind schon zu verzeichnen. So hat in Bern das örtliche Schiedsgericht nach hartnäckig von beiden Parteien geführten Verhandlungen folgendes entschieden: Verheiratete Arbeiter, Witwen und Frauen mit nicht erwerbsfähigen Männern erhalten 12 Frank, ledige Arbeiter und Arbeiterinnen 9 Frank pro Monat, für jedes Kind 1 Frank pro Monat, Höchstsumme 16 Frank. Zwischen Berufarbeitern und Hilfspersonal wird kein Unterschied gemacht. — Hierzu bemerkt „Der Buchbinder“ sehr zutreffend: „Es ist der Erfolg wirklich ein recht bescheidener, allerdings sind nun einmal die niedrigen Ansätze von 4, 5 und 6 Frank verschwunden, und zwar muß der neue Ansatz schon für den Monat August ausbezahlt werden. Es waren drei Verhandlungen mit den Prinzipalen, einbegreifen Schreibbuchfabrikanten und Buchdrucker, notwendig, um wenigstens dies zu erreichen.“

In Freiburg dauert dagegen der Streik in den dortigen Kartonnagenfabriken unverändert fort. Die Zahl der Streikenden hat sich noch um ein Dutzend vermehrt, die Unternehmer geben sich alle Mühe, andere Arbeiter zu bekommen.

**Rundschau.**

Zu der Zumutung der Leipziger Unabhängigen, daß in gemeinsamen Ausschüssen der Partei, des Gewerkschaftsartikels und der Genossenschaften die Vertreter der Gewerkschaften nur dann Sitz und Stimme haben sollen, wenn sie gleichzeitig Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind, hat nun auch das Leipziger Gewerkschaftsartikell am 18. September Stellung genommen und bei mehreren Stimmhaltungen der nachstehenden Erklärung zugestimmt:

Die vom Gewerkschaftsartikell an die gemeinsamen Einrichtungen (Bildungsinstitut, Kasinos usw.) abzuführenden Mittel werden den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder entnommen, es sind demnach ausschließlich Gewerkschaftsgelder. Die persönliche politische Auffassung des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes kommt weder bei Aufnahme in die Organisation, noch bei der Beitragsleistung in Betracht. Daher sind auch die in die gemeinsamen Ausschüsse entsandten Kartellvertreter ausschließlich Gewerkschaftsvertreter, niemals aber Vertreter einer bestimmten parteipolitischen Richtung. Darüber, wen das Kartell als Vertreter in die gemeinsamen Ausschüsse entsenden will, hat es selbstständig, unbeeinflusst von außerhalb des Kartells stehenden Organisationen und noch rein gewerkschaftlichen Grundfragen zu entscheiden. Aus diesem Grunde lehnt das Kartell das Verlangen ab, nur solche Vertreter zu entsenden, die einer bestimmten Parteirichtung angehören.

Es würde den Statuten aller der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften widersprechen, von ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei zu verlangen. An dieser parteipolitischen Neutralität den einzelnen Mitgliedern gegenüber festzuhalten, ist bei der heutigen Parteisplittierung mehr denn je geboten.

Der 22. deutsche Ortskrankentag wurde am 17. und 18. September d. J. in Dresden (Gewerkschaftshaus) abgehalten. Die Tagesordnung war wie folgt festgesetzt: Zukunftsaufgaben der Krankentassen (Geheimrat Dr. Kaufmann-Berlin); Die Fürsorgeorganisationen und die Krankentassen: a) Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge (Oberarzt Dr. Kott-Berlin), b) Fürsorge für Lungentranke (Oberstabsarzt Dr. Weidmann-Dresden), c) Fürsorge für Geschlechtsranke (Sanitätsoberarzt Dr. Cohn-Dresden); Die fachärztliche Behandlung der chronischen Weiden (mit Lichtbildern) (Spezialarzt Dr. Brann-Berlin); Aenderung der Reichsversicherungordnung (Justizrat Dr. Mayer-Krankenthal und Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin); Die Arztfrage (Geschäftsführer Helmut Lehmann-Dresden); Die Arzneiverordnung der Krankentassen (Massenwort, Graf-Kaufmann); Die Vereinbarungen zur Durchführung der §§ 219 ff. A.B.O. (Verwaltungsdirektor Frenzel-Dresden); Mitteilung über die beabsichtigte Gründung einer Pflegegehaltsversicherung deutscher Krankentassen; Errichtung einer Ausstellungsgesellschaft der Krankentassen (Direktor Albert Kohn-Berlin); Aenderung der Verbandsstatuten (Verbandsvors. Fräulein-Dresden); Geschäftsbericht (Geschäftsführer Helmut Lehmann-Dresden); Neuwahlen, Anträge, Mitteilungen.

Parteien der Alters- und Invalidenversicherung. Nach einer Zusammenstellung, die in den „Antiquen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ veröffentlicht wird, betreffen sich die Darlehen der Alters- und Invalidenversicherung für gemeinnützige Zwecke bis

Ende 1915 auf insgesamt 1323,5 Millionen, also fast 1 1/2 Milliarden Mark.

Von den Darlehen dienten am Schluß des Jahres 1915:

558 927 857 M. zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen, Ledigenheimen (Hospizen, Berbergen, Gesellenhäusern usw.).

134 040 112 M. zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses (für Bodenverbesserung, Ent- und Bewässerung, Moorkultur, Aufzucht, Wegebau, Kleinbahnen, Hebung der Viehzucht, Bänderung der Futternot usw.).

630 546 430 M. für den Bau von Kranken- und Genußhäusern, Volkshäusern, Invaliden- und Erholungsheimen, Siedenhäusern und für Kranken- und Invalidenpflege überhaupt, zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere zum Bau von Volkshäusern, Schlachthäusern, Wasserleitungen, Kanalisationen, Friedhöfen, für Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung und für sonstige Wohlfahrtszwecke.

**Ueber die Rückvergütung der Teuerungszulagen im Baugewerbe** wird uns geschrieben: Die Abmachungen zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe über die Rückvergütung der im April vereinbarten Teuerungszulage für Bauarbeiter haben nun auch den Unwillen des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister erregt. Wir haben schon früher berichtet, daß diese Rückvergütung nur den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zugute kommen soll, die vor dem 26. April bereits Mitglied des Bundes waren. Alle übrigen Unternehmer sollen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen sein. Mit Recht wurde, als diese Abmachung bekannt geworden, von Arbeiterseite darauf hingewiesen, daß sie die Durchführung der Teuerungszulage, auf die doch alle Bauarbeiter Anspruch haben sollen, gefährden werde, weil diejenigen Unternehmer, die dem Arbeitgeberbunde nicht angehören, ihre Zahl ist wirklich nicht gering, sich weigern würden, die Teuerungszulage aus ihrer Tasche zu zahlen, während die Mitglieder des Arbeitgeberbundes sie zurückerhalten. Wenn diese Beschränkung auch durch die Nützlichkeit beseitigt worden ist, die die organisierten Bauarbeiter bei der Durchführung der Teuerungszulage gezeigt haben, so bleibt es deshalb doch nicht minder unverständlich, wie sich das Reichsamt zu einer solch offensbaren Sonderbegünstigung für einen Teil der Unternehmer herbeilassen konnte.

Gegen diese Bevorzugung hat sich nun auch der Innungsverband gewendet. Anscheinend ist ihm eine ähnliche Antwort zuteil geworden, wie sie die Arbeitgebervertreter mündlich erhalten haben. Damit ist er aber nicht zufrieden. Wie die „Baugewerks-Zeitung“ berichtet, ist erneut eine Eingabe an das Reichsamt gerichtet worden. So muß es kommen, daß die besten Freunde des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe sich gegen seine Schlauberei zur Wehr setzen.

Der **Achtstundentag für Angestellte, Lehrer und Arbeiter** Zürichs ist dort durch eine Volksabstimmung am 26. August eingeführt worden, wie unser schweizerisches Bruderblatt berichtet. Es werden davon ungefähr 6000 Personen betroffen. Hoffentlich folgen bald recht viele Städte auf diesem Wege nach, denn die Zeit ist wirklich reif für den Achtstundentag und Volk und Volkswirtschaft würden dabei nur gewinnen.

**Adressenänderungen.**

Abresen der **Bevollmächtigten** und der **Kassierer**.  
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

Duisburg-Ruhrort. B. u. K.: H. Hiller. Duisburg-Beel, Gagebornstr. 70.

**Literarisches.**

Lange, Die Neuorientierung der Gewerkschaften. Verlag Leipziger Buchdruckerei K.-G. 1917. — Eine Partei, die sich auf Arbeitermassen stützen will, kann der Gewerkschaften nicht entbehren. Eine Partei, die diese Tatsache erkennt, wird bald eine Armee ohne Soldaten sein. Es ist daher auch durchaus verständlich, wenn die sogenannte unabhängige sozialdemokratische Partei Anhänger unter den Gewerkschaften zu werden sucht. Da aber die Gewerkschaften und besonders die Gewerkschaftsleitungen von den anarchistischen Anschauungen der heutigen „unabhängigen“ noch viel weniger wissen wollen als von den „unabhängigen“ im Anfang der neunziger Jahre, so ist es nur natürlich, wenn sie, die heutigen „unabhängigen“, die Gewerkschaftsleitungen in Grund und Boden verurteilen und eine Neuorientierung der Gewerkschaften in ihrem Sinne anstreben. Die Schaffung einer unabhängigen Gewerkschaftsbücherei lag

somit in der Luft, und das erste Heft einer solchen ist daher auch vor kurzem erschienen und von dem Redakteur des Handlungsgewerksorgans, Paul Lange, der früher Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung“ war, bearbeitet worden. Der Handlungsgewerksverband ist bekanntlich unter den deutschen Gewerkschaften diejenige, welche am wenigsten gewerkschaftliche Macht auszuüben vermag und daher nur kümmerliche Lohnbewegungen durchzuführen vermochte. Meistens zeigte er seine Furcht nur gegen die Arbeiterkonsumvereine, an bürgerliche Konsumvereine und gar an große kaufmännische Unternehmungen wagte er sich nur selten heran und dann, wenn es doch geschah, meistens nicht mit rein gewerkschaftlichen, sondern mit andern Druckmitteln aus der Kistkammer der Arbeiterschutzbewegung. Nun ist es aber eine alte Erfahrung, daß diejenigen, welche gewerkschaftlich am ohnmächtigsten sind, dafür in der Theorie mit Heftigkeit die riesigsten Bäume ausreizen. So ergeht es auch Paul Lange. Und von diesem seinem Standpunkt aus beurteilt er die deutsche Gewerkschaftsbewegung in seiner Schrift.

Lange bietet nicht etwa eine tiefgründliche Betrachtung über die nach seiner Meinung vorliegende Verirrung der deutschen Gewerkschaften auf den Wegen des schädlichen Burgfriedens, der Gemeinschaftsarbeit mit den Unternehmern zu bestimmten Zwecken, der engherzigen Gewerkschaftsbureaucratie usw., sondern er betritt den bequemeren Weg, bald hier, bald dort Zitate wie Blumen am Begräbnis zu sammeln und sie dann zu einem übelduftenden Strauß zusammenzubinden. Diese Zitatier-Methode ist aber seit langen in Verruf gekommen, und wir glauben daher nicht, daß durch die Langesche Sammeljurium-Broschüre bei einigermassen denkenden Lesern viel Schaden angerichtet werden kann, obgleich ihnen andererseits Belehrung auch kaum daraus zuteil werden dürfte. Wer Gefallen daran findet, von den Gewerkschaftsführern alles mögliche Dumme und Böse zu erwarten, der dürfte allerdings einigermassen auf seine Rechnung kommen. Aber auch der müßte sich wohl hüten, von Lange einen gehörigen Vären aufgebunden zu bekommen. So ist Lange bereits nachgewiesen worden, daß die angebliche Verheimlichung der Beschlüsse der Ententezialisten von Leeds eine unwarhe Behauptung von ihm sei.

Es ist alles schon dagesessen! So sagte schon lange vor dieser Zeit der selige Ben Afiba. Zum Verständnis der heutigen Wirren in der Arbeiterbewegung empfehlen wir daher die bezüglichen Abschnitte über den Streit um die Organisationsform und um die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation in „Kloth, Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes“, Band 2, Seite 115—170. Aus der Vergangenheit wird uns da manche Lehre für die Gegenwart erwachsen.

**Anzeigen**

**Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser**

für dauernde Beschäftigung gesucht.  
**Julius Hager, Grossbuchbinderel,**  
Leipzig, Breitkopfftr. 9.

**Buchbinder, Presser, Marmorierter Beichneider, Fertigmacher**

gesucht.  
**Druckerei-Ges. Hartung & Co. m. b. H.,**  
Hamburg 25.

Wer zerstreutes Schmutz, Lederlappen, Schmutzen, Kleben, Fett- und Wachsreste, Fett u. vieles andere selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich

**„Nähable „Stepperin“**

Sie näht spielend den Stoppfisch wie Maschine und löst ihn in ganz kurzer Zeit im Haushalt wie bei Handarbeit. Garantie für Brauchbarkeit. Zahlreiche Anweisungen und Nachbestellungen :: :: Preis 2,80 M. (einsch. Post) oder Nachnahme durch: **General-Vertreter Chr. Schopper, :: Stuttgart I, Schwabstraße 67 ::**

**Erregerfals**

für galvan. Elemente, verlängert deren Lebensdauer, kristallisiert nicht aus. Von Behörden, elektrot. Firmen, Fabriken usw. glänzend begutachtet! Nilo M. 2,25 ab Lager. Nachnahme. **P. Hoefter, Breslau E. 598.**

**Bindfaden**

**Bersab** für Post- und Bahnversand. Probe 5 kg. gegen Nachnahme. Lieferung nur an Selbstverbraucher. **Willy Rendsburg, Kiel 26.**

**Anzeigen in der Buchbinder-Zeitung**

(Auflage am 12. August 1917: 23 000, vor dem Kriege über 85 000) finden die weiteste Verbreitung.

**Leim**

Ersatz, teilig, verdünnbar, schlägt nicht durch, zum Einwickeln, für Büros, Tapezierer, Buchbinder, Glaser, Schuhmacher, Sattler, Kartonnagenfabriken usw. Muster gegen 35 Pf. Postleimer M. 9.— frei, Ztr. M. 48,40 Wm. inkl. Post ab Lager. Nachn. **P. Hoefter, Breslau L. E. 598.**

**Kräbe**

entsehl. Bett-Gautauden geeicht in 2 Tag. o. Bernsford. 100000 f. hem. Monatl. Ab. 100 Heilber. Verf. n. ausw. Personenz ang. „Salus“, Bochum 81, Kortumstr. 13.

**Ehren- + Tafel für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.**

- Im Felde oder in den Lazaretten starben noch folgende Kollegen:
- Heinrich Reckmann**, geb. 10. 8. 1890 in Quelle bei Bielefeld, verstorben seit 1. 10. 1915. Zuletzt Mitglied in Bielefeld.
  - Karl Höhne**, geb. 20. 1. 1891 in Weimar, gestorben in französischer Gefangenschaft am 10. 4. 1917. Zuletzt Mitglied in Weimar.
  - Paul Sadik**, geb. 16. 7. 1870 in Baumgarten, im Lazarett gestorben am 12. 7. 1917. Zuletzt Mitglied in Breslau.
  - Paul Wulfsch**, geb. 8. 12. 1884 in Rauschwitz bei Glogau, gestorben im Garnisonlazarett in Glogau am 28. 8. 1917. Zuletzt Mitglied in Glogau.
  - Hermann Eger**, geb. 2. 6. 1886 in Olag, infolge schwerer Verwundung im Feldlazarett verstorben. Zuletzt Mitglied in Glogau.
  - Paul Keller**, geb. 18. 11. 1890 in Gahlenberg, gefallen am 19. 8. 1917. Zuletzt Mitglied in Stuttgart.
  - Karl Romig**, geb. 3. 9. 1894 in Stuttgart, gefallen am 28. 8. 1917. Zuletzt Mitglied in Stuttgart.
  - Willy Goetz**, geb. 21. 2. 1894 in Dresden, gefallen am 19. 8. 1917. Zuletzt Mitglied in Dresden.
  - Albert Schild**, geb. 15. 12. 1880 in Sonneberg, gefallen am 20. 8. 1917. Zuletzt Mitglied in Meßen.
  - Franz Zint**, geb. 16. 8. 1897 in Nürnberg, infolge schwerer Verwundung im Feldlazarett gestorben am 4. 9. 1917. Zuletzt Mitglied in Würzburg.
  - Paul Hönninger**, geb. 6. 12. 1886 in Burgwenden bei Magdeburg, gefallen am 6. 9. 1917. Zuletzt Mitglied in Hamburg-Altona.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!